

E i n l a d u n g

Gremium: Finanz- und Wirtschaftsausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 06.02.2006, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 26.01.2006

1. An die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2005
- TOP 4 Jahresabschluss Haushalt 2005, Ergebnismitteilung
Vorlage: 2006/014
- TOP 5 Haushalt 2005 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben
Vorlage: 2006/012
- TOP 6 Genehmigung des Wirtschaftsplanes des optimierten Regiebetriebes
Vorlage: 2005/270
- TOP 7 Haushalt 2006 - Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan
Vorlage: 2005/186B
- TOP 8 Neues Kommunales Haushaltsrecht; Zeitpunkt der Einführung
Vorlage: 2005/400A
- TOP 9 Anfragen und Hinweise
- TOP 10 Schließung der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen

gez. Decker
Bürgermeister

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2006/014

freigegeben am 23.01.2006

GB 1

Sachbearbeiter/in: Ihmels, Inge

Datum: 19.01.2006

Jahresabschluss Haushalt 2005, Ergebnismitteilung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	06.02.2006	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	14.02.2006	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Der Jahresabschluss weist eine Nettozuführung im Verwaltungshaushalt in Höhe von 1.952.815,02 € aus. Der Vermögenshaushalt konnte mit einem Überschuss in Höhe von 4.316.184,43 € abgeschlossen werden. Dieser Betrag wurde der Rücklage zugeführt. Darüber hinaus wurden im Verwaltungshaushalt Haushaltsreste in Höhe von 829.976,20 € und im Vermögenshaushalt in Höhe von 2.090.136,73 € gebildet.

Verwaltungshaushalt	EUR
Reste	829.976,20
Zuführung zum Vermögenshaushalt	2.362.172,22
Davon	
- Pflichtzuführung	409.357,20
- Nettozuführung	1.952.815,02
Vermögenshaushalt	4.044.148,94
Davon	
- Zuführung vom Verwaltungshaushalt	2.362.172,22
- Ergebnis Vermögenshaushalt	6.406.321,16
Abzüglich Reste	-2.090.136,73
Zuführung zur allgemeinen Rücklage	4.316.184,43
Verbrauch der Nettozuführung für den Vermögenshaushalt	1.952.815,02

Obwohl im Haushaltsplan 2005 keine Sondertilgung vorgesehen war, konnten zwei Restdarlehen bei der Bremer Landesbank in Höhe von 993.616,87 € und 1.026.481,47 € vorzeitig abgelöst werden. Möglich wurde die vorzeitige Ablösung der Darlehen durch das Jahresabchlussresultat 2004 und die dadurch in der Rücklage zur Verfügung stehenden liquiden Mittel. Eine fehlende restliche Summe von 176.200 € wurde durch die Mehreinnahmen bei den Grundstücksverkäufen zur Verfügung gestellt.

In der Haushaltssatzung war eine Gesamtkreditaufnahme in Höhe von 2.711.900 € vorgesehen. Hiervon entfallen auf die Kreisschulbaukasse 534.600 € Tatsächlich wurden im Haushaltsjahr 2005 jedoch nur Darlehen aus der Kreisschulbaukasse in Höhe von 326.525,02 € eingenommen. Die eingeplante Kreditaufnahme für Kreditmarktmittel in Höhe von 2.177.300 € wurde nicht in Anspruch genommen.

Am 31.12.2005 betrug der Stand der allgemeinen Rücklage 258.526,62 € (Sockelbetrag). Durch das positive Abschlussergebnis wurde ein Betrag in Höhe von 4.316.184,43 € der allgemeinen Rücklage zugeführt, die nunmehr einen Betrag in Höhe von 4.574.711,05 € aufweist. Zieht man hiervon den sogenannten Sockelbetrag in Höhe von 281.401,50 € ab, dann beträgt die frei verfügbare Rücklagenmasse 4.293.309,55 €

Verwaltungshaushalt

Abgaben

HH-Soll plus Reste aus Vorjahren	Anordnungssoll plus Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz
12.121.300,00	15.537.965,26	3.416.665,26

Glied.	Grupp.	Budget	Bezeichnung	HH-Soll plus Reste aus Vorjahren	Anordnungssoll plus Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Abweichung	Abweichung in Prozent
90000	0	8200	Grundsteuer A	145.000,00	159.137,97	14.137,97	9,75
90000	1000	8200	Grundsteuer B	1.900.000,00	2.031.725,78	131.725,78	6,93
90000	3000	8200	Gewerbesteuer nach Ertrag	3.789.800,00	6.857.628,53	3.067.828,53	80,95
90000	10000	8200	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	3.912.400,00	3.902.968,00	-9.432,00	-0,24
90000	12000	8200	Beteiligung an der Umsatzsteuer	330.000,00	324.284,00	-5.716,00	-1,73
90000	21000	8200	Sonstige Vergnügungssteuer	20.000,00	21.514,32	1.514,32	7,57
90000	22000	8200	Hundesteuer	51.000,00	52.832,24	1.832,24	3,59
90000	41000	8200	Schlüsselzuweisungen vom Land	1.436.400,00	1.602.840,00	166.440,00	11,59
90000	61000	8200	Zuschuss übertrag. Wirkungskreis	316.700,00	320.432,00	3.732,00	1,18
90000	62000	6101	Beteiligung an der Konzessionsabgabe (Strom)	220.000,00	264.602,42	44.602,42	20,27

Die Veranschlagung bei der Gewerbesteuer war zurückhaltend kalkuliert worden. Die positive Verbesserung um ca. 80 % konnte nicht vorausgesehen werden. Die erheblichen Mehreinnahmen sind auf Steuerfestsetzungen für zurückliegende Jahre aber auch auf dauerhafte positive Entwicklungen zurückzuführen.

Bei der Grundsteuer A und B sind ebenfalls Einnahmensteigerungen zu verzeichnen. Diese Steuern sind verlässliche Einnahmen für die Gemeinde. Die Mehreinnahmen bei der Grundsteuer B sind hauptsächlich durch die Grundstücksverkäufe aus Vorjahren begründet.

Die Neubewertungen von Einheitswerten für land- und forstwirtschaftliche Betriebe sind für die höheren Einnahmen bei der Grundsteuer A verantwortlich.

Die Schlüsselzuweisungen liegen über der Veranschlagung, weil die letzten berechnungsrelevanten Daten (Grundbetrag) im Zeitpunkt des „Planungsschlusses“ nicht bekannt gewesen sind.

Bei der Konzessionsabgabe konnte wie im Jahre 2004 (19 %) eine Mehreinnahme in Höhe von 44.602,42 € (20,27 %) vereinnahmt werden.

Gebühren

HH-Soll plus Reste aus Vorjahren	Anordnungssoll plus Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz
3.252.100,00	3.180.198,31	-71.901,69

Glied.	Grupp.	Budget	Bezeichnung	HH-Soll plus Reste aus Vorjahren	Anordnungssoll plus Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Abweichung	Abweichung in Prozent
57200	110000	5103	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	265.000,00	212.254,68	-52.745,32	-19,90
43500	110000	4801	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	35.000,00	21.576,26	-13.423,74	-38,35
43600	110000	4802	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	103.000,00	72.158,51	-30.841,49	-29,94
70010	110600	7100	Gebühren für die Schlammabfuhr (Hauskläranlagen)	50.600,00	37.848,00	-12.752,00	-25,20

Die Gebühreneinnahmen verteilen sich auf zirka 30 Haushaltsstellen. Geringfügige Mehreinnahmen wurden vorstehend nicht herausgehoben. Bekannterweise lassen sich die Einnahmen aus den Entgelten für die Bäder nur schwer kalkulieren. Für die Mindereinnahmen bei den Einrichtungen für Wohnungslose (43500) und Aussiedler und Ausländer (43600) waren in 2005 weniger Unterbringungsfälle verantwortlich.

Wie bereits mehrfach berichtet, lassen sich die Gebühren für die Schlammabfuhr nur schwer kalkulieren. Die Minderausgaben resultieren aus den sinkenden Abfuhrmengen, verursacht durch unterschiedliche Abfuhrhythmen der Hauskläranlagen einerseits und die Umstellung auf die bedarfsgerechte Abfuhr des Fäkalschlammes andererseits.

Mieten und Pachten

HH-Soll plus Reste aus Vorjahren	Anordnungssoll plus Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz
184.300,00	184.986,46	686,46

Bei den Mieten und Pachten erstrecken sich die Minder- und Mehrausgaben auf nur wenige Budgets. Betrachtet man die Mieten und Pachten insgesamt, ergibt sich eine geringfügige Mehreinnahme. Auf die Darstellung nach einzelnen Budgets wurde daher verzichtet.

Personalkosten

HH-Soll plus Reste aus Vorjahren	Anordnungssoll plus Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz
6.037.200,00	6.047.561,03	10.361,03

Bei der Veranschlagung der Personalkosten waren 500 Haushaltsstellen zu berücksichtigen. Die Mehrausgaben in Höhe von 10.361,03 € (0,17 %) sind bei einem Personalvolumen von über 6.000.000 € äußerst gering.

Bauliche Unterhaltung

HH-Soll plus Reste aus Vorjahren	Anordnungssoll plus Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz
499.123,70	411.810,74	-87.312,96

Die Minderausgaben verteilen sich auf 47 Haushaltsstellen. Eine größere Minderausgabe ergab sich bei der Haushaltsstelle 5720.5000 (Hallenbad) in Höhe von 15.356,88 €. Beim Hallenbad sind einige Rechnungen günstiger ausgefallen und die eingeplante Pauschale für unvorhersehbare Reparaturen wurden nicht voll in Anspruch genommen.

Unterhaltung der Außenanlagen

HH-Soll plus Reste aus Vorjahren	Anordnungssoll plus Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz
440.200,00	416.614,55	-23.585,45

Bei der Haushaltsstelle 4600.5100 wurden Aufträge in Höhe von ca. 8.400 € erteilt, wo die Schlussrechnungen für 2005 noch ausstehen. Ein weiterer Auftrag in Höhe von ca. 3.350 € für die Reparatur eines Spielgerätes wurde nicht mehr benötigt, da eine Reparatur nicht mehr rentabel war. Rund 11.000 € konnten bei der Haushaltsstelle 5800.51000 (Park- und Gartenanlagen) eingespart werden, da die Baumpflege in den Park- und Gartenanlagen nicht an Privatfirmen vergeben wurden, sondern vom Bauhof der Gemeinde Rastede ausgeführt wurde.

Bewirtschaftungskosten

HH-Soll plus Reste aus Vorjahren	Anordnungssoll plus Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz
1.460.301,91	1.454.515,65	-5.786,26

Mehr- und Minderausgaben erstrecken sich bei den Bewirtschaftungskosten über alle Budgets des Haushaltes. Insgesamt betrachtet ergibt sich eine Minderausgabe in Höhe von ca. 5.800 €. Die Haushaltsansätze für 2005 wurden gebildet, ohne die für 2005 vermuteten Preissteigerungen bei den Energiekosten zu berücksichtigen.

Aus- und Fortbildung, Kosten der EDV, Geschäftsausgaben, Bücher und Zeitschriften, Post- und Fernmeldegebühren

	HH-Soll plus Reste aus Vorjahren	Anordnungssoll plus Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz
Aus- u. Fortbildung	43.382,74	23.361,99	-20.020,75
Kosten der EDV	140.094,20	138.904,02	-1.190,18
Geschäftsausgaben	100.600,00	92.675,94	-7.924,06
Bücher und Zeitschriften	21.200,00	19.579,76	-1.620,24
Post- und Fernmeldegebühren	78.200,00	72.889,15	-5.310,85

Auch hier erstrecken sich die Abweichungen über alle Budgets. In allen Bereichen bis auf Aus- und Fortbildung liegen die Ansätze für 2005 bereits unter denen von 2004. Bei den Aus- und Fortbildungskosten sind Minderausgaben u.a. entstanden, weil die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten erst im Jahre 2006 besetzt wurde.

Allgemeine Finanzen

Glied.	Grupp.	Bud- get	Bezeichnung	HH-Soll plus Reste aus Vorjahren	Anordnungs- soll plus Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Abweichung	Abweichung in Prozent
91000	807100	8200	Zinsausgaben an den Kreditmarkt	460.600,00	349.646,97	-110.953,03	-24,09
90000	810000	8200	Gewerbesteuerumlage; - Bundes- und Landesvervielfältiger	1.184.409,00	2.440.687,00	1.256.278,00	106,07
90000	832000	8200	Kreisumlage	4.000.000,00	4.061.480,00	61.480,00	1,54

Bei den Zinsausgaben an den Kreditmarkt konnten 110.953,03 € eingespart werden, da Anfang des Jahres 2005 zwei Darlehen abgelöst wurden und die Zinsleistungen für 2005 nicht mehr zu zahlen waren.

Aufgrund des hohen Gewerbesteueraufkommens musste zwangsläufig eine höhere Gewerbesteuerumlage gezahlt werden. Da die vierte Rate eines jeden Jahres in der Höhe zu zahlen ist wie die dritte Rate, mussten im Jahre 2005 außerdem über 400.000 € Gewerbesteuerumlage zuviel an das Nds. Landesamt für Statistik gezahlt werden. Mit der Endabrechnung zum 01.02.2006 für das Haushaltsjahr 2005 wird die Gewerbesteuerumlage erstattet. Der Erstattungsbetrag wurde im Haushalt 2006 veranschlagt.

Die Mehrausgabe bei der Kreisumlage ist auf die gestiegenen Steuerkraftmesszahl der Gemeinde Rastede zurückzuführen.

Vermögenshaushalt

Verkauf von Grundstücken

HH-Soll plus Reste aus Vorjahren	Anordnungssoll plus Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz
2.444.400,00	6.544.976,60	4.100.576,60

Glied.	Grupp.	Budget	Bezeichnung	HH-Soll plus Reste Aus Vorjahren	Anordnungs- soll plus Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Abweichung	Abweichung in Prozent
62000	340000	8700	Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken (Wohnungsbauför- derung)	1.788.000,00	5.618.303,34	3.830.303,34	214,22
88000	340000	8500	Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken	0,00	231.529,90	231.529,90	

Die Nachfrage nach Baugrundstücken hat sich 2005 deutlich günstiger entwickelt als zunächst angenommen. Außerdem wurden durch Zahlungen in 2005, deren Grundlage in 2004 entstanden war, kassenwirksam unerwartete Mehreinnahmen erzielt.

Auch bei der Haushaltsstelle 8800.34000 konnten Mehreinnahmen durch die Veräußerung von Erbbaugrundstücken und etlichen Restgrundstücken in Höhe von 231.529,90 € verzeichnet werden. Diese Einnahmen waren nicht vorhersehbar.

Bei der Veräußerung von Grundstücken wurden insgesamt Mehreinnahmen in Höhe von rd. 4.100.000 € erzielt.

Erschließungs- und Abwasserbeiträge

HH-Soll plus Reste aus Vorjahren	Anordnungssoll plus Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz
1.911.000,00	3.273.224,70	1.362.224,70

Durch den Verkauf der Baugrundstücke konnten Mehreinnahmen in Höhe von 1.362.224,70 € bei den Erschließungs- und Abwasserbeiträgen erzielt werden.

Insbesondere die Einnahmen aus der Veräußerung von Baugrundstücken und die Nettozuführung zum Vermögenshaushalt sind für das positive Ergebnis des Vermögenshaushaltes verantwortlich.

Zuweisungen und Zuschüsse, Straßenausbaubeiträge

Glied.	Grupp.	Budget	Bezeichnung	HH-Soll plus Reste aus Vorjahren	Anordnungs-soll plus Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Abweichung	Abweichung in Prozent
63000	351000	6101	Straßenausbaubeiträge	523.900,00	0,00	-523.900,00	-100,00
63200	361014	6101	Zuschuss Land Ausbau Logemanns Damm	265.000,00	106.920,00	-158.080,00	-59,65
63200	361016	6101	Zuschuss v. Land (Ausbau Alter Lehmder Weg)	47.500,00	0,00	-47.500,00	-100,00
63200	361017	6101	Zuschuss v. Land (Ausbau Eichendorffstraße)	220.000,00	0,00	-220.000,00	-100,00

Straßenausbaubeiträge für die Schloss- und August-Brötje-Straße konnten noch nicht erhoben werden, da die Sanierung des Bahnübergangs von der Schlossstraße zur August-Brötje-Straße noch nicht von der Deutschen Bahn fertiggestellt wurde.

Der Zuschuss für den Ausbau des Logemanns Damm wird nach Baufortschritt ausgezahlt.

Der Zuschuss für den Ausbau des „Alter Lehmder Weg“ und der Eichendorffstraße konnten noch nicht angefordert werden, weil mit dem Ausbau der Maßnahmen in 2005 noch nicht begonnen wurde.

Erwerb von Grundstücken

HH-Soll plus Reste aus Vorjahren	Anordnungssoll plus Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz
2.416.000,00	3.759.694,59	1.343.694,59

Die Mehrausgaben sind entstanden, weil früher als erwartet Bauerwartungsland (Flächen für die Wohnbebauung und für Gewerbeansiedlung) erworben werden konnte und musste aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage.

Neuanschaffung bewegliches Vermögen, Lehr- und Lernmittel, Neuanschaffung von Spielgeräten und Medienbeschaffung

	HH-Soll plus Reste aus Vorjahren	Anordnungssoll plus Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz
Neuansch.bewegl. Vermögen	354.090,13	359.606,68	5.516,55
Lehr- u. Lernmittel	10.917,27	10.600,00	-317,27
Neuansch. Spielgeräte	38.920,00	25.423,70	-13.496,30
Medienbeschaffung	18.331,09	9.998,50	-8.332,59

Bei den Neuanschaffungen von beweglichem Vermögen ziehen sich Mehr- und Minderausgaben durch alle Budgets. Auffällig ist eine Mehrausgabe in Höhe von 29.600,29 € bei der Ausstattung von zwei naturwissenschaftlichen Räumen in der Schule Feldbreite. Bei der Haushaltsplanung war nicht abzusehen, dass die Neueinrichtung der naturwissenschaftlichen Räume derartig umfangreich sein würde. Es konnte nicht auf vorhandenes Mobiliar zurückgegriffen werden, das veraltet und nicht kompatibel gewesen ist.

Die geplanten Neubeschaffungen für Spielgeräte konnten noch nicht erledigt werden. Aus diesem Grunde wurden für die nicht verausgabten Haushaltsmittel Haushaltsausgabereste gebildet.

Im Bereich der „Medienbeschaffung KGS“ wurde ein Haushaltsrest gebildet, um die Mittel erst nach den Umbauarbeiten des Gebäudes Feldbreite zur Ganztagschule zu verwenden. Die Mittel sollen für die Mediothek und den Forumsbereich eingesetzt werden.

Hoch- und Tiefbau

	HH-Soll plus Reste aus Vorjahren	Anordnungssoll plus Anordnungen auf Reste aus Vorjahren	Differenz
Hochbau	1.400.528,36	1.346.637,08	-53.891,28
Tiefbau	6.777.856,60	3.079.774,91	-3.698.081,69

Die in der vorstehenden Tabelle genannten Differenzen sind keine echten ersparten Mittel, sondern noch auszugebende Gelder für begonnene oder nicht abgerechnete Maßnahmen. In vielen Bereichen war die Bildung von Haushaltsresten erforderlich.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

keine

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2006/012

freigegeben am 19.01.2006

GB 1

Sachbearbeiter/in: Berger, Moritz

Datum: 19.01.2006

Haushalt 2005 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	06.02.2006	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	14.02.2006	Verwaltungsausschuss
Ö	21.02.2006	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss und der Rat nehmen Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von jeweils ab 5.000,00 Euro.

Sach- und Rechtslage:

In der Anlage sind die seit der letzten Ratsinformation bis zum 31.12.2005 angefallenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben aufgeführt.

Bei den über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ist eine Deckung der Beträge durch verschiedene Haushaltsstellen im Haushaltsjahr (Minderausgaben/ Mehreinnahmen) vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen:

- keine -

Anlagen:

Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben ab 5.000,00 Euro.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2005/270

freigegeben am 11.11.2005

GB 3**Datum: 11.11.2005**

Sachbearbeiter/in: Herr Seggern, von, Gernot

Genehmigung des Wirtschaftsplanes des optimierten Regiebetriebes

Beratungsfolge:StatusDatumGremium

Ö

06.02.2006

Finanz- und Wirtschaftsausschuss

N

14.02.2006

Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsplan des Bauhofes für 2006 wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Wirtschaftsplan regelt sowohl die Einnahmen und Ausgaben, die Investitionen, sowie die Erlösplanung für das Wirtschaftsjahr 2006.

Die Einnahmen und Ausgaben der vergangenen Jahre haben sich wie folgt entwickelt

	Einnahme		Ausgabe		Differenz
	lt. W.plan	tatsächlich	lt. W.plan	tatsächlich	
2003	1.179.300,- €	1.025.157,36 €	1.179.300,- €	979.881,75 €	+45.275,61 €
2004	1.168.200,- €	1.220.513,12 €	1.168.200,- €	1.143.351,03 €	+77.162,09 €
2005	1.140.700,- €		1.140.700,- €		
2006	1.207.710,- €		1.207.710,- €		

Kalkuliert war in den Jahren 2003 bis einschließlich 2005 ein Stundenlohnsatz von 37,50 Euro. Dieser Stundenlohnsatz wird für 2006 auf 36,50 Euro gesenkt. Die Senkung wird ermöglicht indem ein erwarteter Überschuss aus 2005 in Höhe von 15.000,- Euro zur Senkung des Stundenlohnes verwandt wird.

In 2005 wurden erstmalig pauschalierte Auftragsabwicklungen mit der Residenzort GmbH, sowie in Einzelfällen des Straßenbaus durchgeführt. Dies soll nun für weitere Bereiche des Straßenbaues und der Sportplatzpflege Anwendung in 2006 finden.

Der Wirtschaftsplan ist als Anlage beigelegt.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sachverhalt

Anlagen:

1. Wirtschaftsplan 2006

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2005/186B

freigegeben am 23.01.2006

GB 1**Datum: 23.01.2006**

Sachbearbeiter/in: Herr Hollmeyer, Michael

Haushalt 2006 - Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan**Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	06.02.2006	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	14.02.2006	Verwaltungsausschuss
Ö	21.02.2006	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2006 wird beschlossen.
2. Der Haushaltsplan 2006 wird mit einem festgesetzten Haushaltsvolumen im Verwaltungshaushalt i. H. v. 30.625.400 Euro und im Vermögenshaushalt i. H. v. 10.164.800 Euro beschlossen.
3. Das Investitionsprogramm 2005 bis 2009 wird beschlossen.
4. Der Finanzplan 2005 bis 2009 wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2006 wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Nach den einzelnen Beratungen in den Fachausschüssen zum Haushalt 2006 wurde dem Haushaltsplanentwurf, dem Investitionsprogramm, dem Finanzplan und dem Stellenplan unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse zugestimmt. Auf die entsprechenden Protokolle der Sitzungen wird verwiesen. Die aus den Beratungen zum Haushalt resultierenden Änderungen und die seitens der Verwaltung fortzuschreibenden Ansätze sind aktuell in den Haushalt 2006 eingearbeitet worden. Die einzelnen Änderungen gegenüber dem ersten Haushaltsplanentwurf vom 30.8.2005 können der Anlage 10 entnommen werden.

Unter Berücksichtigung der Änderungen und unter Einarbeitung der Inneren Verrechnungen ergibt sich im Verwaltungshaushalt ein Haushaltsvolumen i. H. v. 30.625.400 Euro. Im Vermögenshaushalt beträgt das Haushaltsvolumen 10.164.800 Euro. Das Haushaltsvolumen im Verwaltungshaushalt hat sich gegenüber dem ersten Entwurf um 76.400 Euro verringert (ohne Einbeziehung der Inneren Verrechnungen mit einem Volumen i. H. v. 2.889.300 Euro). Das Volumen des Vermögenshaushaltes hat sich dagegen um 907.900 Euro erhöht. Im Ergebnis bleiben Verwaltungs- und Vermögenshaushalt weiterhin in der Einnahme und Ausgabe ausgeglichen.

Erschwert wurde der Haushaltsausgleich im Verwaltungshaushalt allerdings durch hohe Gewerbesteuernachzahlungen im dritten Quartal 2005. Das hohe Gewerbesteueraufkommen der Gemeinde bis zum 30.9.2005 nimmt maßgeblich Einfluss auf die Steuerkraft der Gemeinde Rastede. In der Folge wirkt sich die hohe Steuerkraft auf den Finanzausgleich des Jahres 2006 aus, so dass sich die Schlüsselzuweisung aufgrund der gestiegenen Steuerkraft der Gemeinde Rastede erheblich reduziert. Das gute Ergebnis 2005 in Bezug auf die positiven Einnahmementwicklung im Verwaltungshaushalt belastet somit die Einnahmesituation des Verwaltungshaushaltes in 2006. Da sich aber in den meisten Kommunen in Niedersachsen die Gewerbesteuererinnahmen bis zum 30.9.2005 sehr positiv entwickelt haben, fällt die Reduzierung der Schlüsselzuweisung nicht so gravierend aus, wie noch in der Vorlage zur Entwicklung des Haushaltes 2006 zum Finanz- und Wirtschaftsausschuss am 14.11.2005 prognostiziert wurde. Aus den vorläufigen Berechnungsgrundlagen zum Kommunalen Finanzausgleich 2006 ergibt sich als Basis für die Berechnung der Schlüsselzuweisung ein Grundbetrag i. H. v. 562,36 Euro. Danach beträgt die für die Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2006 berechnete Schlüsselzuweisung 925.300 Euro. Gegenüber der ersten Veranschlagung im Haushaltsplanentwurf musste der Ansatz um 647.700 Euro reduziert werden.

Aufgrund der hohen einmaligen Gewerbesteuernachzahlung im dritten Quartal 2005 fiel auch die vierte Vorauszahlungsrate für die Gewerbesteuerumlage sehr hoch aus. Diese orientierte sich an dem im Vergleich zu den übrigen Quartalen sehr hohen Gewerbesteueraufkommen des dritten Quartals, so dass es in 2005 im Ergebnis zu einer Überzahlung bei der Gewerbesteuerumlage gekommen ist. Der überzahlte Betrag i. H. v. ca. 465.000 Euro wird in 2006 erstattet. Die Erstattung wurde im Verwaltungshaushalt unter Haushaltsstelle 9000.160000 veranschlagt. Für die Gewerbesteuerumlage 2006 wurde im Verwaltungshauhalt eine Ausgabe i. H. v. insgesamt 1.068.300 Euro veranschlagt.

Die Kreisumlage wurde vom Landkreis Ammerland für 2006 um einen Prozentpunkt auf 37 Prozentpunkte erhöht. Zudem wurde auf Kreisebene seitens der Hauptverwaltungsbeamten vorgeschlagen, dass die kreisangehörigen Kommunen die einprozentige Kreisumlagerhöhung für die Gemeinde Apen aufgrund deren angespannter finanziellen Lage anteilig übernehmen. Für die Gemeinde Rastede bedeutet dies eine Mehrbelastung i. H. v. 12.000 Euro. Insgesamt wurde für 2006 ein Ausgabevolumen für die Kreisumlage i. H. v. 4.563.900 Euro veranschlagt. Gegenüber der Veranschlagung im ersten Haushaltsplanentwurf erhöht sich der Ansatz um 562.200 Euro.

Die Ansätze für die Gemeindeanteile an der Einkommen- bzw. Umsatzsteuer wurden aufgrund aktueller Orientierungsdaten fortgeschrieben. Für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer bedeutet dies einen Einnahmezuwachs von 71.200 Euro. Der Ansatz für 2006 beträgt demnach 3.809.200 Euro. Der Ansatz für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer erhöht sich um 1.500 Euro auf 328.400 Euro.

Die Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel kann im einzelnen der Übersicht aus Anlage 9 entnommen werden.

Die vorangegangenen Ausführungen zeigen auf, dass die Entwicklung im Hinblick auf die allgemeinen Deckungsmittel und die sich daraus resultierende Haushaltssituation nur schwer kalkulierbar ist. Zwar kann auch für 2006 ein ausgeglichener Verwaltungshaushalt präsentiert werden; der Ausgleich konnte aber nur erreicht werden, indem verschiedene für 2006 geplante Maßnahmen im Bereich der Unterhaltung von Straßen, Wege, Plätze und Außenanlagen aufgrund der positiven Entwicklung des Haushaltsjahres 2005 vorgezogen wurden. Das ursprünglich veranschlagte Ausgabevolumen i. H. v. 666.300 Euro für 2006 konnte so auf 440.800 Euro reduziert werden. Zudem wurden die Zahlungsmodalitäten hinsichtlich der Zuschüsse für den Bereich der Kindertagesstätten geändert, so dass die für 2006 zu zahlenden Zuschüsse noch den Haushalt 2005 belastet haben. Für 2006 konnte somit der Verwaltungshaushalt in der Ausgabe um weitere 455.600 Euro entlastet werden.

Das positive Ergebnis für das Haushaltsjahr 2005 (siehe hierzu auch Vorlage 2006/014) wirkt sich auch auf den Vermögenshaushalt für 2006 aus. Nach Abschluss des Haushaltsjahres 2005 konnte der Rücklage insgesamt ein Betrag i. H. v. 4.316.184 Euro zugeführt werden. Für den Vermögenshaushalt 2006 bedeutet dies, dass die bisher erforderliche Kreditaufnahme vom Kreditmarkt i. H. v. 4.187.400 Euro (im ersten Haushaltsplanentwurf war ursprünglich eine Kreditaufnahme i. H. v. 3.417.500 Euro vorgesehen) auf 0 Euro reduziert werden kann. Das geplante Ausgabevolumen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen kann dafür durch eine entsprechende Entnahme aus der allgemeinen Rücklage gedeckt werden.

In Verbindung mit der Einführung der Software „Comp.ASS“ der Firma Prosozial zur Durchführung des SGB II, SGB XII und des Asylbewerberleistungsgesetzes werden die Einnahmen und Ausgaben im Bereich Soziales nach dem jetzigen Stand der Umsetzung ab dem Monat Februar 2006 nicht mehr über den Haushalt der Gemeinde Rastede, sondern unmittelbar über den Kreishaushalt abgewickelt. Aufgrund dieser Verfahrensumstellung wird sich das Einnahme- und Ausgabevolumen im Verwaltungshaushalt zukünftig um voraussichtlich ca. 6,5 Millionen Euro im Jahr reduzieren. Das neue Verfahren ist aufgrund der kurzfristigen Festlegung des Umsetzungszeitpunktes nicht mehr bei der Veranschlagung der Haushaltsansätze für 2006 berücksichtigt worden. Eine Korrektur der Ansätze ist ggf. im Rahmen eines Nachtragshaushaltes vorzunehmen. Im Finanzplan schlägt sich diese Verfahrensänderung bereits für die Jahre 2007 bis 2009 nieder.

Die wichtigsten Veränderungen gegenüber dem ersten Haushaltsplanentwurf stellen sich in den Teilhaushalten wie folgt dar:

Vermögenshaushalt

Im Rahmen der Haushaltsberatungen wurden weitere Maßnahmen im investiven Bereich für den Vermögenshaushalt 2006 aufgenommen. Herauszuheben sind hier folgende Maßnahmen:

Anteilsbudget 2301

Für die Sanierung der WC-Anlagen im Erdgeschoss der KGS wurden Haushaltsmittel i. H. v. insgesamt 29.100 Euro aufgenommen.

Anteilsbudget 5103

Für die Sanierung des Eingangsbereiches wurde im Rahmen der Attraktivitätssteigerung des Hallenbades Haushaltsmittel i. H. v. 47.000 Euro veranschlagt. Siehe hierzu die Beschlussfassung zur Vorlage 2005/207 B. Der fortgeschriebene und beschlossene Investitionsplan für das Hallenbad wurde entsprechend in das Investitionsprogramm 2005 bis 2009 übernommen.

Anteilsbudget 5400

Bei den investiven Zuschüssen im Rahmen der Sportförderung wurden für den Sportverein Leuchtenburg für die Renovierung und Erweiterung des Kleinkaliberstandes in 2006 Haushaltsmittel i. H. v. 24.000 Euro veranschlagt.

Anteilsbudget 6101

Sanierung des Loyer Weges / Hankhauser Weges mit einem Ausgabevolumen i. H. v. 242.800 Euro. Fördermittel des Landes im Rahmen des PROLAND-Programmes wurden i. H. v. 121.300 Euro veranschlagt. Siehe hierzu die Beschlussfassung zu Vorlage 2005/261.

Anteilsbudget 6201

Sanierung des Turnierplatzes mit einem Ausgabevolumen i. H. v. 150.000 Euro.

Anteilsbudget 7100

Zuschüsse für den Bau einer Abwasserdruckrohrleitung in Delfshausen über die Anlieger als Abwassergemeinschaft i. H. v. 150.000 Euro. Die Finanzierung erfolgt z. T. über die Verrechnungsmöglichkeiten der Abwasserabgabe für das Klärwerk. Siehe dazu den Bericht des Bürgermeisters im Verwaltungsausschuss vom 11.10.2005.

Anteilsbudget 8200

Der Anstieg der gemeindlichen Steuerkraft wirkt sich auch auf den Vermögenshaushalt aus. Der Ansatz für die Zuweisungen des Landes für kommunale Investitionen im Rahmen des Finanzausgleichs musste auf 129.700 Euro reduziert werden. Dies stellt eine Mindereinnahme i. H. v. 104.100 Euro gegenüber dem bisherigen Ansatz dar.

Anteilsbudget 8700

Die veranschlagten Haushaltsmittel für den Erwerb von Grundstücken im Bereich der Wohnungsbauförderung wurden bezüglich des geplanten Ankaufs weiterer Flächen im Bereich Hahn/Ostermoor um 275.000 Euro erhöht. Des weiteren wurden bei der Haushaltsstelle 6200.932000 insgesamt 36.000 Euro für die Vermarktung der Wohnbauflächen südlich Schlosspark (siehe Vorlage 2005/287) veranschlagt. Der aktuelle Haushaltsansatz beläuft sich auf 2.362.800 Euro.

Anteilsbudget 8800

Erforderliche Neuanschaffungen von beweglichem Vermögen im Rathaus wurden nach 2005 vorgezogen. Daher kann der Ansatz für 2006 um 41.900 Euro auf 17.000 Euro reduziert werden.

Verwaltungshaushalt

Hinsichtlich der Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel wird auf die obigen Ausführungen und auf die Übersicht in Anlage 9 verwiesen.

Bei den Bewirtschaftungskosten mussten mehrere Ansätze für 2006 aufgrund der neu festgesetzten Abschlagszahlungen an die EWE und unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung der Strom- und Gaspreise angepasst werden. (Die aktuell von der EWE angekündigte Erhöhung der Gaspreise wurde noch nicht berücksichtigt.) Daraus ergeben sich insgesamt veranschlagte Mehrausgaben i. H. v. 90.300 Euro. Die einzelnen veränderten Ansätze können der Änderungsliste entnommen werden.

Darüber hinaus sind folgende Änderungen herauszuheben:

Anteilsbudget 4101 und 4251

Zur Durchführung des SGB II, SGB XII und des Asylbewerberleistungsgesetzes wird der Fachbereich Arbeit und Soziales um eine Vollzeitstelle ab März 2006 aufgestockt. In diesem Zusammenhang wurden die Ansätze für die Personalkosten in den Anteilsbudgets 4101 und 4251 neu aufgeteilt. Die Personalausgaben erhöhen sich aufgrund der neu einzurichtenden Vollzeitstelle um 33.400 Euro. Die Mehrausgabe ist durch eine entsprechende Erstattung seitens des Landkreises gedeckt.

Anteilsbudget 4507

Für die Kinderkrippe „Wiefelsteder Kindertreff“ wird ein Zuschussbetrag i. H. v. 31.500 Euro veranschlagt. Siehe Beschlussfassung zur Vorlage 2005/126 B.

Anteilsbudget 6201

Aufgrund einer neuen Aufgabenfestlegung für den Regiebetrieb Bauhof ist der Ansatz um 20.000 Euro auf 55.200 Euro reduziert worden.

Anteilsbudget 7100

Der Ansatz für die Abgaben musste um 11.000 Euro auf 20.600 Euro erhöht werden. Der Erschwerniszuschlag für die Entwässerungsverbände wurde bisher nicht berücksichtigt.

Anteilsbudget 8200

Aufgrund einer Nachberechnung der Personalausgaben in diesem Budget und aufgrund der Berücksichtigung von Mehrausgaben für die Umsetzung des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts mussten im Anteilsbudget 8200 im Ergebnis zusätzliche Personalausgaben i. H. v. 18.700 Euro veranschlagt werden.

Anteilsbudget 8700

Aufgrund einer Neuberechnung der Personalkosten konnte der bisherige Ansatz im Bereich Kommunalmarketing um 30.600 Euro reduziert werden. Die Sachkosten für das Anteilsbudget Kommunalmarketing (Haushaltsstelle 7900.580000) wurden von 2.000 Euro auf 12.000 Euro angehoben. Hierdurch sollen verschiedene Maßnahmen zur situativen Verbesserung des öffentlichen Bereiches im Ortskern Rastede gefördert werden. Siehe auch Beschlussfassung zur Vorlage 2005/ 244.

Weitere Änderungen können im einzelnen der beigelegten Änderungsliste (Anlage 10) entnommen werden.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen für die Haushaltsjahre 2007 bis 2009 beträgt insgesamt 1.646.000 Euro. Siehe hierzu Anlage 4.

Das Investitionsprogramm und der Finanzplan für die Jahre 2005 bis 2009 sind hinsichtlich der berücksichtigten Änderungen und der allgemeinen Haushaltsentwicklung angepasst bzw. fortgeschrieben worden. Siehe Anlage 2 und 3.

Stellenübersicht und Stellenplan nebst weiteren Übersichten sind als Anlagen 5 bis 8 beigelegt.

Hinsichtlich der bisherigen Beratungen zum Haushalt 2006 wird auf die Sitzungsvorlagen 2005/186 und 2005/186A verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die finanziellen Auswirkungen sind der Sach- und Rechtslage und den Anlagen zu entnehmen.

Anlagen:

1. Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2006
2. Investitionsprogramm der Jahre 2005 bis 2009
3. Finanzplan der Jahre 2005 bis 2009
4. Ausgabebedarf aus Verpflichtungsermächtigungen
5. Erläuterungen zum Stellenplan
6. Stellenübersicht und Stellenplan
7. Nachwuchskräfte
8. Sonderübersicht
9. Übersicht ,Entwicklung der Allgemeinen Deckungsmittel
10. Änderungsliste zum vorliegenden ersten Haushaltsplanentwurf

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2005/400A

freigegeben am 28.12.2005

GB 1**Datum: 28.12.2005**

Sachbearbeiter/in: Dudek

Neues Kommunales Haushaltsrecht; Zeitpunkt der Einführung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	06.02.2006	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	14.02.2006	Verwaltungsausschuss
Ö	21.02.2006	Rat

Beschlussvorschlag:**1. Vorrübergehend weiteres Arbeiten nach kameralistischen Grundsätzen**

1.1 Bis zum 31.12.2008 arbeitet die Gemeinde Rastede aufgrund des Gesetzes zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindewirtschaftlicher Vorschriften vom 15.11.2005 (Nds. GVBl. S. 342) (folgend: Neuordnungsgesetz) weiterhin nach kameralistischen Grundsätzen. In Ausführung dieses Beschlusses gelten die Regeln des Artikels 6 Absätze 2 und 3 des Neuordnungsgesetzes (siehe Anlage). Entscheidung nach Artikel 6 Abs. 2 Satz 1 des Neuordnungsgesetzes.

2. Vorrübergehende Weitergeltung der Eigenbetriebsverordnung und der Verordnung über die Haushaltswirtschaft kaufmännisch geführter kommunaler Einrichtungen

2.1 Aufgrund Artikel 6 Abs. 4 Satz 2 des Neuordnungsgesetzes bleibt für die Sozialstation Rastede gGmbH § 113 Abs. 1 NGO in der bis zum 31.12.2005 geltenden Fassung bis zum 31.12.09 anwendbar. Entscheidung nach Artikel 6 Abs. 4 Satz 2 Neuordnungsgesetz

2.2 Aufgrund Artikel 6 Abs. 4 Satz 2 des Neuordnungsgesetzes bleibt für die Residenzort Rastede GmbH § 113 Abs. 1 NGO in der bis zum 31.12.2005 geltenden Fassung bis zum 31.12.09 anwendbar. Entscheidung nach Artikel 6 Abs. 4 Satz 2 Neuordnungsgesetz

2.3. Der Bauhof ist im Sinne des § 108 Abs. 3 Ziff. 3 NGO ein Hilfsbetrieb der Gemeinde mit selbständiger Wirtschaftsführung, der ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinde Rastede dient. Für diesen Betrieb bleibt gemäß der Ermächtigung des Artikels 6 Abs. 5 des Neuordnungsgesetzes der § 110 NGO in der bis zum 31.12.2005 geltenden Fassung bis zum 31.12.2009 anwendbar.

3. Konsolidierung

3.1 Die Sozialstation Rastede gGmbH ist im Sinne des § 108 Abs. 1 NGO eine Eigengesellschaft der Gemeinde Rastede. Die Gemeinde ist deshalb gemäß § 100 Abs. 4 Ziff. 3 NGO neue Fassung zur Erstellung eines konsolidierten Gesamtabchlusses verpflichtet. Gemäß der Ermächtigung des Artikels 6 Abs. 7 des Neuordnungsgesetzes wird bis einschließlich dem Haushaltsjahr 2011 ein konsolidierter Gesamtabchluss nicht erstellt.

3.2. Die Residenzort Rastede GmbH ist eine Gesellschaft an der die Gemeinde Rastede im Sinne des § 109 NGO mit mehr als 50 Prozent beteiligt ist. Die Gemeinde ist deshalb gemäß § 100 Abs. 4 Ziff. 4 NGO neue Fassung zur Erstellung eines konsolidierten Gesamtabchlusses verpflichtet. Gemäß der Ermächtigung des Artikels 6 Abs. 7 des Neuordnungsgesetzes wird bis einschließlich dem Haushaltsjahr 2011 ein konsolidierter Gesamtabchluss nicht erstellt.

3.3 Der Bauhof ist eine Einrichtung, deren Wirtschaftsführung nach § 110 NGO selbständig erfolgt. Die Gemeinde ist deshalb gemäß § 100 Abs. 4 Ziff. 1 NGO neue Fassung zur Erstellung eines konsolidierten Gesamtabchlusses verpflichtet. Gemäß der Ermächtigung des Artikels 6 Abs. 7 des Neuordnungsgesetzes wird bis einschließlich dem Haushaltsjahr 2011 ein konsolidierter Gesamtabchluss nicht erstellt.

3.4 Der Diakonisches Werk Hahn-Lehmden e.V. und der Diakonisches Werk Wahnbek e.V. sind voraussichtlich im Sinne § 100 Abs. 4 Ziff. 9 NGO neue Fassung sonstige rechtliche selbständige Aufgabenträger, deren Finanzbedarf aufgrund von Rechtsverpflichtungen wesentlich durch die Gemeinde gesichert wird. Aufgrund dessen ist die Gemeinde zur Erstellung eines konsolidierten Gesamtabchlusses verpflichtet. Vorbehaltlich einer endgültigen Prüfung, ob der Finanzbedarf tatsächlich wesentlich durch die Gemeinde gesichert wird, wird gemäß der Ermächtigung des Artikels 6 Abs. 7 des Neuordnungsgesetzes bis einschließlich dem Haushaltsjahr 2011 ein konsolidierter Gesamtabchluss nicht erstellt.

Sach- und Rechtslage:

Allgemein:

Auf die Beschlussvorlage 2005/400 „Neues Kommunales Haushaltsrecht; Entscheidung über die Vermögenstrennung“ wird hingewiesen.

Am 01.01.06 tritt das Gesetz zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindewirtschaftlicher Vorschriften vom 15.11.2005 (Nds. GVBl. S. 342) (folgend Neuordnungsgesetz) in Kraft. In Folge dieses Gesetzes sind die Gemeindehaushalts- und Gemeindekassenverordnung aufgehoben worden, welche durch die Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Gemeinden auf der Grundlage der kommunalen Doppik (Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung - GemHKVO -) vom 22.12.2005 (Nds. GVBl. S. 458) ersetzt wurden.

Grundlegendes Ziel der Reformierung des kommunalen Haushaltsrechts ist es, in Planung, Ausführung und Rechnungslegung der kommunalen Haushaltswirtschaft den Ressourcenverbrauch (Vermögen) darzustellen und diesen bei der Beurteilung, Bewertung und Genehmigung haushaltswirtschaftlicher Vorgänge und Situationen (Kreditgenehmigung, Haushaltsausgleich, Haushaltssicherungskonzept usw., mittelfristig: Zinsranking für Kommunen) einzubeziehen. Dieses Ziel soll dadurch erreicht werden, dass die Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung im Rechnungsstil der kaufmännischen Buchführung betrieben wird. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass es zahlreiche Besonderheiten gibt, die die Buchführung der Kommunen von der nach HGB unterscheidet, wobei einen besonderen Schwerpunkt der Finanzhaushalt und die Finanzrechnung bekommen, die in der Privatwirtschaft zumindest hinsichtlich der Planung wenig verbreitet ist und in anderer Art und Weise (!) erstellt wird.

Vorstehendes Ziel ist eingebettet in die umfassende zwingende Forderung des Gesetzgebers, die Verwaltung und ihr Agieren ausschließlich in Richtung produktorientiertes Handeln und Denken umzustrukturieren. Dies bedeutet, dass die Verwaltung ihre gesamte Organisation überprüfen und auch die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Rat auf ein neues Fundament stellen muss: Hierzu:

1. VI. 2.1 der Anlage 18 des (zukünftigen) Erlasses zur GemHKVO :

VI. Weitere Hinweise zum neuen Haushaltsrecht

2. Aufbau der Teilhaushalte

- 2.1 Die Teilhaushalte sind gemäß § 4 Abs. 1 GemHKVO nach den Organisationseinheiten zu gliedern. Dieses gilt für den Ergebnis- und Finanzhaushalt. Ein Produkt soll grundsätzlich in einer Organisationseinheit bearbeitet werden. Wird ein Produkt von unterschiedlichen Organisationseinheiten bearbeitet, müssen die Zahlungsströme über die Überleitungstabelle zusammengeführt werden (§ 4 Abs. 1 Satz 2 GemHKVO). Es wird grundsätzlich die Empfehlung ausgesprochen, dass die Produktgruppen in Einklang mit der Verwaltungsorganisation gebracht werden.

2. § 4 Abs. 1 GemHKVO

§ 4 Teilhaushalte, Budgets

(1)¹Der Haushalt wird in Teilhaushalte gegliedert. ²Die Gliederung entspricht der örtlichen Verwaltungsgliederung. In den Teilhaushalten werden die ihnen zugeordneten Produkte abgebildet. ³Mehrere Produktbereiche können zu einem Teilhaushalt zusammengefasst oder Produktbereiche nach Produktgruppen auf mehrere Teilhaushalte aufgeteilt werden; dabei notwendige Überleitungen zum Produktrahmen werden in der Übersicht nach § 1 Abs. 2 Nr. 11 dargestellt. ⁴Die Teilhaushalte werden in einen Ergebnishaushalt und in einen Finanzhaushalt gegliedert. ⁵Die Verantwortung für einen Teilhaushalt soll einer bestimmten Organisationseinheit im Rahmen der Verwaltungsgliederung zugeordnet werden.

Einen Haushaltsplan in herkömmlicher Form wird es nicht mehr geben. Es sind zukünftig Teilhaushalte für jede Organisationseinheit (Geschäftsbereiche) zu erstellen, und der Rat wird zukünftig keine Haushaltsstellen der bekannten Art mehr zu sehen bekommen. Die Informationen in den Teilhaushalten sind hinsichtlich der Daten über Haushaltsmittel wesentlich geraffter und konzentrierter. Zukünftig hat der Rat die Verwaltung vielmehr durch die Formulierung von Produkten und Zielen sowie durch die Bereitstellung eines Budgets zu lenken, und er wird anhand von ihm selbst vorzugebender Kennzahlen im Rahmen von regelmäßigen Berichten prüfen, ob die Verwaltung die vom Rat gesetzten Ziele erreicht hat. Das Berichtswesen erhält in der Arbeitsbeziehung zwischen Verwaltung und Rat eine besondere Bedeutung.

Die Verwaltung wird die vom Rat gesteckten Ziele und die haushaltswirtschaftlichen Produktdaten gegenüber dem Landesverwaltungsamt für Statistik nur dann mit einem angemessenen Personal- und Kostenaufwand bewältigen und liefern können, wenn sich die Verwaltung entsprechend der o.g. Forderung in der Anlage 18 des Erlasses zur GemHKVO aufstellt. Eine objektive und gründliche Organisations- und Arbeitsablaufüberprüfung ist folglich zu gegebener Zeit erforderlich. Sie macht auch nicht vor der Frage Halt, ob aufgrund der gesetzlich zwingend in den Vordergrund rückenden und für ihre Produkte verantwortlichen Organisationseinheiten aus Gründen der Gradlinig- und Durchgängigkeit von Entscheidungsfindungen die Zuständigkeiten der politischen Gremien überprüft und auf die Aufgaben der Geschäftsbereiche abgestimmt werden sollten.

Umstellung auf das neue Haushaltsrecht; Zeitschiene:

Spätestens ab dem 01.01.2012 müssen alle Umstellungsarbeiten abgeschlossen sein. D.h., zum 01.01.12 hat die Gemeinde eine beschlossene Eröffnungsbilanz, die Haushaltswirtschaft ist auf doppelte Buchführung umgestellt und zum 31.12.2012 kann eine konsolidierte Gesamtbilanz (= Einbeziehung der Sozialstation Rastede gGmbH, der Residenzort GmbH, des Bauhofes und ggfs. der beiden Kindergartenvereine Diakonische Werke) erstellt werden.

Die v.g. Zeitschiene erscheint sehr langfristig; sie ist es im Hinblick auf die dafür erforderlichen Arbeiten tatsächlich aber nicht. Folgende wesentliche Arbeitsfelder sind abzuarbeiten:

- Aufnahme des gesamten gemeindlichen Vermögens, Erfassung und Bewertung des Vermögens mit entsprechendem Aufbau einer Anlagenbuchhaltung
- Bildung von Produkten, Formulierung der Ziele der Produkte und Festlegung der Kennzahlen, anhand derer die Einhaltung der Ziele überprüft werden kann.
- Überprüfung der Organisation der Verwaltung auf der Grundlage der festgelegten Produkte
- Aufbau der Teilhaushalte nach einer vorhergehender Abgrenzung von Teilhaushalten und Kosten- und Leistungsrechnungen

Wichtig ist, dass die Umstellungsarbeiten mit eigenem Personal bewältigt werden. Dies ist deshalb wichtig, weil die Verwaltung mit den „Ergebnissen“ der Umstellungsarbeiten „ihre Zukunft meistern“ muss. Gleichwohl sind bis dahin nicht nur erhebliche Kosten zu bewältigen sondern auch erhebliche personelle Unterstützungen erforderlich, die aber vornehmlich dazu dienen sollten, das Stammpersonal für die Umstellungsarbeiten vom Tagesgeschäft zu entlasten.

Nach den bisherigen Überlegungen ergeben sich folgende grobe Gesamtzeitschiene und Kosten:

Zeitschiene:

Jahr	Parallelvorgänge		
	1. Vorgang	2. Vorgang	3. Vorgang
2006	Überführungsrechnung aufs Laufende bringen	Bewertungsleitfaden fertigstellen	Anlagenübernahme Schmutzwasser
		Vermögensaufnahme - erfassung	
2007		Vermögensbewertung	
	Produkte bilden	Kostenrechnungen - Objekte festlegen - Zielaussagen festlegen - Kostenstellen festlegen	
	Verw.Org. nach den Produkten ausrichten	Kostenrechnungen einrichten	
	Umstellung der Organisation einschließlich Umzug	Teilhaushalte und Budgets festlegen	
		Aufstellung der Haushalte	
2009	Abschalten der Kameralistik		
2010	"Verschiebungsreserve"		
2011	Konsolidierung der ausgegliederten Bereiche und Erstellung der Konsolidierungsbilanz (Sozialstation gGmbH, Residenzort GmbH, Bauhof, ggfs. die beiden Kindergartenvereine Diakonische Werke)		

Aus der vorstehenden Aufstellung leiten sich die Zeitpunkte ab,

- wie lange noch nach kameralistischen Grundsätzen gearbeitet werden sollte (siehe Beschlussvorschlag)
- wie lange nach der Eigenbetriebsverordnung oder der Verordnung über die Haushaltswirtschaft kaufmännisch geführter kommunaler Einrichtungen noch gearbeitet werden soll.
- wann die Sozialstation Rastede gGmbH, die Residenzort GmbH, der Bauhof und ggfs. die Kindergartenvereine Diakonische Werke in eine konsolidierte Bilanz einbezogen werden,

Über die v.g. Zeitpunkte hat der Rat eine Entscheidung zu treffen.

Kosten:

zusätzliche und deshalb veranschlagungsrelevante Kosten	Jahr	Euro
Jahreskosten	2002	0,00
	2003	3.630,54
	2004	47.396,60
	2005	22.187,48
	2006	72.500,00
	2007 – 2011	200.000,00
Gesamtkosten (mindestens):		345.714,62

Die genannten Gesamtkosten bewegen sich am unteren Ende einer realistischen Kostengröße. Kosten in Höhe von rd. 360.000 Euro sind nicht auszuschließen. Zu diesen Kosten sind solche hinzuzählen, die während des normalen Dienstes dadurch entstehen, dass man sich mit den Umstellungsarbeiten einfach befasst (z.B. Lohnkosten aufgrund von Stundenaufzeichnungen). Die voraussichtlichen Gesamtkosten, die für eine Kreditfinanzierung und Aktivierung in der Eröffnungsbilanz maßgeblich sind (siehe folgenden Absatz), lassen sich aus diesem Grunde heute nicht abschätzen.

Die aufzuwendenden Kosten sind überwiegend Aufwand (Ausgaben des Verwaltungshaushaltes). Der Gesamtbetrag der Kosten kann im letzten Jahr der Kameralistik ausnahmsweise (nachträglich) mit Krediten finanziert werden (Zuführung vom Vermögenshaushalt zum Verwaltungshaushalt). Außerdem besteht die Möglichkeit, die Umstellungskosten in der Eröffnungsbilanz auf der Aktivseite als immaterielles Vermögen zu aktivieren und auf 15 Jahre abzuschreiben. Ob dies sinnvoll ist, ist zu entscheiden, wenn die Eröffnungsbilanz im Entwurf steht. Im Hinblick auf die Erzielung eines positiven Basisreinvermögens (Teil der Nettoposition (= Eigenkapitals)) kann die Aktivierung sinnvoll sein.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Anlage 1

Artikel 6

In-Kraft-Treten, Übergangsvorschriften

(2) ¹Auf Beschluss des Hauptorgans der kommunalen Körperschaft bleiben für die Körperschaft

1. aus der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO)
 - a) § 40 Abs. 1 Nrn. 8 und 9,
 - b) § 82 Abs. 3,
 - c) § 83 Abs. 1, 2 Satz 1 und Abs. 3,
 - d) § 84 Abs. 2,
 - e) § 85 Abs. 1 und 2 Satz 1,
 - f) § 87 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 Nr. 2,
 - g) § 88 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 2 Satz 1,
 - h) § 89 Abs. 1 Satz 4 und Abs. 2 und 3,
 - i) § 90,
 - j) § 91 Abs. 1 und 2,

- k) § 92 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1,
- l) § 93 Abs. 3,
- m) § 95,
- n) die §§ 99 bis 101,
- o) § 102 Abs. 4 Satz 3,
- p) die §§ 103 und 104,
- q) § 119 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 sowie
- r) § 120,

2. § 36 Abs. 1 Nrn. 8 und 9 der Niedersächsischen Landkreisordnung sowie

3. § 47 Abs. 1 Nrn. 8 und 9 des Gesetzes über die Region Hannover

und zugehörige Verordnungsregelungen jeweils in der bis zum 31. Dezember 2005 geltenden Fassung für weitere Haushaltsjahre anwendbar, jedoch nicht für Haushaltsjahre nach dem Haushaltsjahr 2011. ²In den Fällen des Satzes 1 ist § 105 NGO in der bis zum 31. Dezember 2005 geltenden Fassung mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle der Worte „Das Innenministerium“ die Worte „Die Kommunalaufsichtsbehörde“ treten.

(3) Für die Dauer der Wirksamkeit eines Beschlusses nach Absatz 2 sind aus der Niedersächsischen Gemeindeordnung

- 1. § 82 Abs. 4, 5, 7 und 8, § 89 Abs. 5 und § 96 Abs. 4 nicht anzuwenden;
- 2. § 87 Abs. 3 Nr. 3 und § 89 Abs. 1 Satz 1 mit der Maßgabe anzuwenden, dass jeweils an die Stelle der Worte „Aufwendungen und Auszahlungen“ das Wort „Ausgaben“ tritt;
- 3. § 88 Abs. 1 Nr. 1 mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle der Worte „Aufwendungen entstehen lassen und Auszahlungen“ das Wort „Ausgaben“ sowie an die Stelle des Wortes „Finanzhaushalts“ das Wort „Vermögenshaushalts“ tritt;
- 4. § 94 Abs. 1 Satz 1 mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle des Wortes „Auszahlungen“ das Wort „Ausgaben“ tritt;
- 5. § 94 Abs. 2 mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle der Worte „im Finanzhaushalt veranschlagten Einzahlungen“ die Worte „im Vermögenshaushalt veranschlagten Einnahmen“ treten;
- 6. § 93 Abs. 4 und § 97 Abs. 3 mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle der Worte „Anhang zum Jahresabschluss“ die Worte „Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung“ treten.